



Antrag

des Abgeordneten David Falkenberg und der FRP-Fraktion

Stärkung und strategische Förderung der heimischen Wehr- und Sicherheitsindustrie in Bayern-Württemberg – Bekenntnis zum Rüstungsstandort, Abbau bürokratischer Hürden und Sicherung der technologischen Souveränität

Der Landtag möge beschließen:

- I. Die Wehrtechnikbranche ist ein unverzichtbarer Pfeiler der strategischen Handlungsfähigkeit, der Verteidigungsbereitschaft sowie der wirtschaftlichen und technologischen Leistungsfähigkeit des Freistaates Bayern-Württemberg. Das Land beheimatet zahlreiche hochspezialisierte Schlüsselunternehmen der Rüstungselektronik, Munitionsherstellung, Fahrzeugentwicklung und Luft- und Raumfahrt.
- II. In einer sich wandelnden geopolitischen Lage erfordert eine funktionierende Abschreckung und Wehrhaftigkeit eine starke, verlässliche und innovationsfähige heimische Sicherheitsindustrie. Der Schutz von Freiheit, Frieden und Rechtsstaatlichkeit ist, ohne eine leistungsfähige Rüstungsproduktion im eigenen Land nicht zu gewährleisten.
- III. Die heimische Wehrtechnik steht jedoch vor erheblichen Hürden: Ideologisch motivierte Diskriminierungen bei der Kredit- und Kapitalvergabe (u. a. durch überspitzte ESG-Kriterien im Finanzsektor), langwierige Genehmigungsverfahren bei Standorterweiterungen sowie sogenannte Zivilklauseln an Hochschulen behindern Forschung, Entwicklung und Produktion.
- IV. Der Freistaat Bayern-Württemberg muss sich klar zu seinen Rüstungs- und Hightechnologieunternehmen bekennen und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, um Arbeitsplätze, Wertschöpfung und militärische Know-how-Souveränität dauerhaft im Land zu halten.

II. Der Bayern-Württembergische Landtag fordert die Staatsregierung auf:

- I. Eine Grundsatzerklärung zum Rüstungsstandort Bayern-Württemberg abzugeben und die Wehrtechnik offiziell als nationale Schlüsseltechnologie und Schutzzone im Freistaat anzuerkennen.
- II. Sich auf Bundes- und EU-Ebene sowie gegenüber dem Banken- und Versicherungssektor nachdrücklich dafür einzusetzen, dass Wehrtechnikunternehmen nicht aufgrund von Nachhaltigkeitsquoten (ESG) von der Vergabe von Krediten, Versicherungsleistungen oder Kapitalmarktprodukten ausgeschlossen werden.
- III. Darauf hinzuwirken, dass ideologische Beschränkungen und Zivilklauseln an den Universitäten und Hochschuleinrichtungen des Landes aufgehoben werden, um gemeinsame Forschungsprojekte zwischen Wissenschaft und Sicherheitsindustrie im Bereich der zivil-militärischen Schlüsseltechnologien (Dual-Use) ungehindert zu ermöglichen.
- IV. Einen zentralen Ansprechpartner im Wirtschaftsministerium zu installieren, der als Schnittstelle zwischen der Landesregierung und der Rüstungsindustrie agiert, um Betriebsansiedlungen aktiv zu unterstützen.

München, den 03.10.2026

David Falkenberg, MdL

FRP-Fraktion